



Ein Wort zum Start



Die SGK-Chefs gut gelaunt: Andreas Breitner (li.) und Hans-Peter Strenge.

Foto: Krappa

Vor allem lebt „SGK-Regional“ aber von Euren Beiträgen, Leserbriefen und Debatten. Mischt Euch ein!

Diese Startausgabe gibt für Stadt und Land eine Kostprobe, möge Euch das Gericht schmecken, das wünschen

Andreas Breitner und Hans-Peter Strenge

TIPP:

„Demografischer Wandel in den Kommunen – Strategische Handlungsansätze“

Diskussionspapier des Vorstands der Bundes-SGK vom 2. Dezember 2005

Downloaden unter www.bundes-sgk.de und dann auf die Landesseite von Schleswig-Holstein klicken

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitglieder der SGK in Hamburg und Schleswig-Holstein,

was die Landesbanken und die Datenzentralen, die Eichämter und die Statistiker für unsere beiden Länder gemeinsam schaffen, das können wir erst recht: für die SGK-Mitglieder in Schleswig-Holstein und Hamburg eine gemeinsame Regionalausgabe der DEMO mit Meldungen, Meinungen und Kontroversen herausbringen!

Wir beide – Andreas Breitner, Bürgermeister in Rendsburg, und Hans-Peter Strenge, früherer Altonaer Bezirksamtsleiter und Staatsrat in Hamburg und heute als Präsident der Synode der nordelbischen evangelischen Kirche in der Hansestadt und im Land zwischen den Meeren gleichermaßen zu Hause – heißen Euch als SGK-Landesvorsitzende herzlich willkommen!

In jedem Quartal einmal wird künftig die DEMO mit unserem neuen „SGK-Regional“ als Beilage erscheinen und allen Mitgliedern der SGK in beiden Landesverbänden als besonderer Service frei Haus geliefert. Der Bezug ist im SGK-Mitgliedsbeitrag bereits enthalten. So gibt es nicht nur Infos aus Hamburg und Schleswig-Holstein für Euch, sondern die ganze Bandbreite der DEMO von den Gemeinden über Bund und Länder bis nach Europa kommt vier Mal im Jahr ins Haus.

Welche Fraktion in den Räten und Bezirken arbeitet besonders erfolgreich, wer erscheint im „Porträt des Monats“, wie stellen wir uns zur Kommunalwahl 2008 und zu den im gleichen Jahr stattfindenden Bürgerschafts- und Bezirksversammlungen auf? Für interessante Initiativen, Anträge, aber auch Glossen und Kritisches zu uns selbst und „den anderen“ soll Platz sein.

INHALT

■ Ein Wort zum Start	S. I
■ Das fängt ja gut an: Editorial	S. II
■ Bericht von der Mitgliederversammlung der SGK Hamburg	S. III
■ Interview: Andreas Breitner	S. IV
■ Stand der Bezirksverwaltungsreform in Hamburg	S. VI
■ Schleswig-Holsteins Verwaltungen neu sortieren	S. VII, VIII



Editorial

Das fängt ja gut an!

Geneigte Leserinnen und Leser!

In dieser DEMO-Ausgabe geben wir – die SGK von Schleswig-Holstein und Hamburg – den Startschuss für einen neuen Kommunikationsweg mit unseren und zwischen unseren Mitgliedern.

Und das geht so:

Über das Jahr verteilt werden wir in vier der zehn DEMO-Ausgaben eine achtseitige Regionalausgabe einlegen. Diese so erweiterten DEMO-Ausgaben werden per Post kostenlos an alle unsere Mitglieder verteilt. Auf diese Weise bekommt Ihr nicht nur die höchst lesenswerte aktuelle DEMO, sondern auch jede Menge Infos aus unserer Region frei Haus geliefert.

Zunächst einmal sind vier Ausgaben für 2006 fest eingeplant. Unser mittelfristiges Ziel ist jedoch die Kommunalwahl und die Bürgerschaftswahl 2008, für deren Vorbereitung wir die publizistische Grundlage für Information und Agitation, für Meinung und Disput legen wollen.

Das Besondere an diesem Experiment ist, dass sich eine länderübergreifende Redaktion um die Leserschaft aus zwei SGK-Landesverbänden bemüht. Das klappt bisher ganz hervorragend. Wir grüßen uns noch. Sicherlich ist es für die Leserschaft im Hamburger Randgebiet – dem so genannten Speckgürtel – interessant, auch einen Blick über den Tellerrand zu den Hanseaten zu werfen, ebenso wie es die Hamburger interessieren könnte zu schauen, was denn auf dem flachen Lande so los ist. Uns ist dabei bewusst, dass die kommunalpolitische Problemlage in einem Flächen- und einem Stadtstaat ganz unterschiedlich sein kann. Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein und (Bezirks-)Verwaltungsreform in Hamburg klingen zwar ganz ähnlich, haben aber rechtlich völlig unterschiedliche Bedeutungen und Auswirkungen. Um den landespolitischen Unterschied deutlich zu machen, sind daher alle Artikel mit dem jeweiligen Landeswappen gekennzeichnet.

In erster Linie wollen wir mit diesem Blatt über die Arbeit der SGK informieren: Berichte über Jahreshauptversammlungen, Vorstandssitzungen, Regionalkonferenzen, über Bürgermeisterwahlkämpfe, Kreisbereisungen oder die Kommunalakademie, über Personalien und neue Projekte und und und ...

Außerdem wollen wir ein Medium für und über die Arbeit unserer Mitglieder sein. Das Spektrum dieser Berichte ist breit gefächert: z.B. „Das Porträt des Monats“, „eine Fraktion/ein OV stellt sich vor“, erfolgreiche Anträge oder musterhafte Initiativen und was daraus geworden ist, Problemstellungen, die überall und immer wieder auftauchen können, und besonders originelle Aktionen. Wie bereitet man ein Bürgerbegehren vor und führt es zu einem erfolgreichen Bürgerentscheid? Was treibt der politische Gegner? Kurzum: Was kann man von anderen Fraktionen abkupfern und welchen Gefahren kann man aus dem Weg gehen? Denn das Rad muss nicht von jeder Fraktion neu erfunden werden.

Schließlich wollen wir auch eine Plattform für den Meinungs austausch oder die kon-

troverse Diskussion bieten. So wollen wir die aktuellen Themen im kommunalen Raum aufgreifen: Hartz IV, Verwaltungsstrukturreform, demografischer Wandel, Folgen der kommunalen Finanznot und Möglichkeiten für ihre Lösung oder die familienfreundliche Gemeinde sind nur wenige Themenbeispiele, die zur Zeit in vielen Gemeinden aktuell sind.

Unser redaktionelles Konzept wird abgerundet durch ständige Rubriken wie Lesermeinung, die kommunale Glosse, der politische Witz, „Wir über uns“ oder die Blitzmeldung.

Ihr seht, es gibt viel „Stoff“ für unsere Publikation. Der Erfolg kann jedoch nur gelingen, wenn viele von Euch daran mitwirken. Unsere Zeitung kann nur ein „Blatt“ von den Mitgliedern für die Mitglieder werden, wenn sich viele von Euch als Freizeitredekteure oder Meinungsmacher berufen fühlen. Also frisch ans Werk: Die Ausgabe II will mit interessanten, lesenswerten Beiträgen gefüllt werden.

Die Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Andreas Breitner, SGK Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.

SGK Schleswig-Holstein e.V.
c/o SPD-Büro Schleswig, Königstraße 4, 24837 Schleswig, ☎ (046 21) 27110, Fax: (04621) 29345

Redaktion: Gerhard Schulz, Thies Thiessen, Dieter Juhls

SGK Hamburg e.V.
Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg, ☎ (040) 28 08 48 74, Fax (040) 28 08 48 18

Redaktion: Stefan Krappa, Thomas Domres

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, ☎ (030) 25594-100, Fax (030) 25594-192, **Anzeigen:** Henning Witzel, **Litho:** DVT GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 29, 10178 Berlin, **Druck:** Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20, 38112 Braunschweig



Bericht von der Mitgliederversammlung der SGK Hamburg

Wir brauchen Strategien für eine menschliche Stadt



SPD-Chef Petersen.

Foto: Krappa

Mit einer kämpferischen Rede eröffnete der Hamburger SPD-Vorsitzende Dr. Matthias Petersen, 50, die Mitgliederversammlung der SGK Hamburg am 6. Januar. Bürgermeister Ole von Beust (CDU) warf er eine „kaltherzige Politik“ vor, der die SPD das Konzept der „menschlichen Metropole“ entgegensetzen müsse. Der Hamburger SPD sei es in 44 Jahren Regierungszeit immer wichtig gewesen, die Menschen mitzunehmen. Der CDU-Senat dagegen verunsichere die Menschen mit „einer Schweinerei nach der anderen“. Petersen spielt damit auf den Kauf der städtischen Wohnungsgesellschaft GWG durch das ebenfalls städtische Wohnungsunternehmen SAGA für 500 Millionen Euro an. Er kündigte an, bis zur Bürgerschaftswahl im Frühjahr 2008 in vielen Diskussionen vor Ort ein Gegenkonzept der SPD zu erarbeiten. „Wir müssen erreichen, dass die Menschen von Beust nicht mehr wollen“, appellierte er an die zahlreichen Mitglieder. Der großen Koalition in Berlin versuchte er auch positive Seiten abzugewinnen. Es sei gerade der SPD durch die Regierungsbeteiligung gelungen, puren Neoliberalismus mit ihren Verfechtern Merz und Westerwelle zu verhindern.

Jan Quast, 40, Bürgerschaftsabgeordneter aus Hamburg-Nord und stellvertretender SGK-Vorsitzender, referierte den aktuellen Stand der Bezirksverwaltungsreform. Als Fraktionssprecher im bürgerschaftlichen Sonderausschuss befand er, dass aus der vom Bezirkssenator Dr. Wolfgang Pei-

ner (CDU) angekündigten Jahrhundertreform nur ein „Reförmchen“ übrig geblieben sei. Die größte öffentliche Aufmerksamkeit hätten die Vorschläge zur Änderung der regionalen Gliederung gefunden. Damit umschrieb er den CDU-internen Streit um den Zuschlag von Wilhelmsburg zu Hamburg-Mitte. Finkenwerder wird nun doch nicht Harburg zugeschlagen, sondern bleibt bei Mitte. Quast ärgerte sich darüber, dass der Senat für die sieben Bezirksämter eine einheitliche Struktur vorgeben wolle. Politische Schwerpunktsetzungen seien damit in den einzelnen Bezirken nicht mehr möglich. Nach intensiver Diskussion verabredete sich die Versammlung, zu den einzelnen Reformdrucksachen noch eigene SGK-Stellungnahmen abzugeben.

Barbara Duden, 53, Vorsitzende der SGK-Projektgruppe Demografischer Wandel, erläuterte das erarbeitete Positionspapier. Die Bundesdelegiertenversammlung werde es in Hannover (am 17./18. März 2006) beraten. Sie unterstrich die Aussage des neuen SPD-Vorsitzenden Matthias Platzeck, Deutschland sei ein „Land des langen Lebens“. Es komme darauf an, Deutschland nicht in Gewinner- und Verliererregionen einzuteilen. Nur ein einheitlicher Politikansatz könne dem komplexen Problem des demografischen Wandels gerecht werden. Auf große Zustimmung stieß bei



Erste Vizepräsidentin der Bürgerschaft, Barbara Duden.

Foto: PR

den Gästen das Projekt der DEMO-Regionalausgabe Schleswig-Holstein/Hamburg. Hans-Peter Strenge erläuterte das Konzept.

Im Anschluss wählte die Versammlung die Hamburger Delegierten. Barbara Duden wurde einstimmig erneut für den Bundesvorstand vorgeschlagen. Bei der Delegiertenversammlung in Hannover im März wird die SGK Hamburg vertreten durch Jan Quast (MdHB), Stefan Krappa (Altona), Thomas Stölting (HH-Mitte) und Thomas Domres (Hamburg-Nord). Auch diese Voten erfolgten einstimmig.

Stefan Krappa

Die SGK Hamburg

Vorsitzender: Hans-Peter Strenge (✉ h.p.strenge@gmx.de)
 Stellvertretende Vorsitzende: Jan Quast (✉ janquast@aol.com),
 Thomas Stölting (✉ buero@spdfрак-hhmitte.de)
 Geschäftsführer: Thomas Domres (✉ thomas@domres-hamburg.de)

Beisitzer im Vorstand:

Ole Buschhüter (✉ ole.buschhueter@spdfraktion-wandsbek.de)
 Dr. Andreas Dressel (✉ MdHB, andreas_dressel@gmx.de)
 Jürgen Heimath (✉ Harburg, spd-bezirksfraktion.harburg@arcormail.de)
 Stefan Krappa (✉ Altona, stefan.krappa@hamburg.de)
 Dr. Christoph Krupp (✉ Bezirksamtsleiter Bergedorf, info@sgk-hamburg.de)
 Frauke Meyburg (✉ Eimsbüttel, frauke.meyburg@t-online.de)
 Werner Omniczynski (✉ Bergedorf, werneromni@aol.com)

Schatzmeister: Thomas Völsch, Revisoren: Simone Kerlin, Ingrid Cords



Interview mit dem SGK-Vorsitzenden in Schleswig-Holstein „Der rote Faden der sozialen Gerechtigkeit muss sichtbar bleiben“

SGK-Regional: Wie wird man SGK-Landesvorsitzender?

Andreas Breitner: Ich bin Ende letzten Jahres in der Mitgliederversammlung in Itzehoe gewählt worden. Meine Vorgängerin und Bürgermeisterkollegin, Dr. Brigitte Fronzek, wurde kurz vorher stellvertretende SPD-Landesvorsitzende. Sie hatte mich gefragt, ob ich für den SGK-Landesvorsitz kandidieren würde. Ich habe spontan zugesagt und nun bin ich es.

SGK-Regional: Du bist mit knapp 99 Prozent, einem Platzack-Ergebnis, gewählt worden? Wie kommt so ein gutes Ergebnis zustande?

Seit zwanzig Jahren bin ich kommunalpolitisch aktiv. Zunächst als bürgerliches Mitglied, Gemeindevertreter und stellvertretender Bürgermeister in der 3 000-Einwohner-Gemeinde Schwedeneck. Parallel war ich einige Jahre Mitglied der Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde. Inzwischen bin ich auch schon drei Jahre Bürgermeister der Stadt Rendsburg. Ich habe also Erfahrungen auf mehreren Ebenen der Kommunalpolitik sammeln können. Dies hilft in der SGK.

SGK-Regional: Wo siehst Du die Schwerpunkte?

Wichtig ist mir, dass wir uns für die Kommunalwahl 2008 gut aufstellen. In der Ausnahmewahl 2003, in der Hartz IV alles überlagerte, ist in Schleswig-Holstein fast alles schwarz eingefärbt worden. Unser Ziel wird sein, wieder eigene Mehrheiten zu erzielen. Dazu wird die SGK einen wichtigen Beitrag leisten. Unabhängig von Wahlen werden wir mit unserer Politik in den Städten und Gemeinden dafür sorgen, dass der rote Faden der sozialen Gerechtigkeit sichtbar bleibt. Die neoliberale Privatisierungswelle, die durch das Land rollt, gefährdet soziale Strukturen und trägt dazu bei, dass unsere Gesellschaft auseinander driftet. Wer, wenn nicht wir Sozialdemokraten, achtet darauf, dass alle Gesellschaftsgruppen teilhaben an unserem Gemeinwesen? Keiner. Deshalb müssen wir es mit unserer Politik tun. Die Bilder aus den französischen Vorstädten sollten uns eine Mahnung sein, unbeirrt am Ziel der Lebenschancen für alle festzuhalten.

SGK-Regional: Was hast Du vor Deiner



Andreas Breitner

Foto: Thiessen

Wahl zum Bürgermeister beruflich gemacht?

Ich habe von 1987 bis 1990 an der Verwaltungsfachhochschule in Altenholz im Fachbereich Polizei studiert. Danach war ich zehn Jahre in verschiedenen Polizeidienststellen tätig. Als Zugführer in einer Einsatzhundertschaft habe ich dabei gelernt, auch in brenzligen Situationen einen kühlen Kopf zu bewahren. Zuletzt war ich als Leiter einer kriminalpolizeilichen Dienststelle in Kiel tätig. Im Jahr 2000 wechselte ich ins Innenministerium als persönlicher Referent des damaligen Innenministers Klaus Buß. Dort habe ich dann das notwendige Rüstzeug für meine Kandidatur bei der Direktwahl zum Bürgermeister der Stadt Rends-

burg erhalten.

SGK-Regional: Bleibt Dir noch Zeit für Hobbys?

Ja, dafür muss immer Zeit sein. Ich jogge gern in Rendsburg mit meiner Frau Anke am Nord-Ostsee-Kanal und spiele in der Betriebssportmannschaft der Stadt Fußball. Diese Sportart ist mir wohl mit dem Familiennamen in die Wiege gelegt worden. Im Bürgermeisterwahlkampf gab es einen Aufkleber „Paul? Wer ist Paul? Andreas Breitner, Bürgermeister für Rendsburg!“

SGK-Regional: Andreas, wir danken für das Gespräch.

SGK-Landesvorstand Schleswig-Holstein

Vorsitzender:

Andreas Breitner, Rendsburg, Bürgermeister (✉ andreas.breitner@rendsbuerg.de)

Stellvertretende Vorsitzende:

Sybille Hahn, Norderstedt, Stadtvertreterin (✉ stthahn@wt.net.de)

Ingo Degner, Schleswig, Kreistagsabgeordneter (✉ ingo@degner-schleswig.de)

Geschäftsführung:

Thies Thiessen, Bismarckstraße 6, 25704 Meldorf, ☎ (048 32) 1211, Fax (04832) 55 55 41, ✉ Thies.Thiessen@Schleswig-Holstein.de

Gerhard Schulz, Königstraße 4, 24837 Schleswig, c/o SPD-Büro Schleswig, ☎ (046 21) 271 10, Fax (046 21) 293 45, ✉ SGK-Landesverband-SH@spd.de

Beisitzer:

Bernd Biemann, Wendtorf, Kreistagsabgeordneter (✉ bernd.biemann@web.de)

Jan Willi Degen, Arnis, Bürgermeister (✉ jan_willi_degen@t-online.de)

Dr. Harald Freter, Norderstedt, Erster Stadtrat (✉ h.freter@wt.net.de)

Dieter Juhls, Giekau, Gemeindevertreter (✉ dieter.juhls@t-online.de)

Angelika Hansen-Siebels, Windbergen, Kreistagsabgeordnete

(✉ AHansenSiebels@aol.com)

Karsten Reimer, Schleswig, Ratsherr (✉ krreim@foni.net)

Heike Treffan, Geesthacht, Ratsmitglied (✉ heike.treffan@t-online.de)

Berlin, im März 2006

**Liebe Mitglieder der SGK Hamburg
und der SGK Schleswig-Holstein,**

als Chefredakteur der DEMO, der bundesweit führenden Monatszeitschrift für Kommunalpolitik und Fachorgan der Bundes-SGK, freue ich mich sehr, Sie in Zukunft vierteljährlich mit Schwerpunkten, Berichten, Reports, Porträts, Interviews und Praxisbeispielen guter Kommunalpolitik „versorgen“ zu dürfen.



Stefan Grönebaum
Chefredakteur DEMO

Die beiden Landes-SGK'en liefern dazu in ihrer achtseitigen Beilage alle drei Monate aktuelle landesspezifische Informationen, Tipps und Termine.

Wenn Sie die DEMO auch zwischen dem Erscheinen der Landesbeilage erhalten wollen, mache ich Ihnen ein Angebot: Nachgewiesene Mitglieder der beiden SGK'en können alle zehn Ausgaben der DEMO – mit den Landesbeilagen – zum Vorzugspreis von 30 Euro. Wer Interesse hat, kann sich bei Steffi Drost, Vertrieb, unter ☎ (030) 25594 130 oder vertrieb@demo-online.de melden.

Unseren kostenlosen vierzehntägigen DEMO-Newsletter erhält, wer bei Daniel Krüger (krueger@demo-online.de) seine Mailedresse angibt. Weitere Infos unter www.demo-online.de und täglich unter www.vorwaerts.de, Rubrik Kommunales.

Last but not least liefert unser Handbuch „Deutschland kommunal 2006“ aktuelle Adressen aus Kommunen, Ländern, Bund, Europa und Wirtschaft und das „Arbeitshandbuch Bundestag 2006“ alles Wissenswerte über „Abgeordnete, Ausschüsse, Adressen“.

Wenn sie Fragen, Anregungen oder Kritik haben, mailen Sie mir unter groenebaum@demo-online.de. Nun wünsche ich viel Spaß mit der DEMO und allen anderen Verlagsprodukten.

Gemeinsame Veranstaltung des Landkreistages und
Städteverbandes Schleswig-Holstein

Kommunales Zins- und Schuldenmanagement

Freitag, 31. März 2006, 9.30 Uhr bis 13.00 Uhr
Kreishaus Rendsburg, Kreistags Sitzungssaal
Kaiserstraße, Rendsburg

Ein innovatives Zins- und Schuldenmanagement kann kommunale Haushalte entlasten. Immer mehr deutsche Kommunen nutzen moderne Finanzinstrumente, um sich Spielräume für neue Investitionen zu eröffnen. Es geht schließlich darum, trotz knapper Haushaltsmittel kommunale Zukunft aktiv zu gestalten. Kommunale Praktiker und Finanzexperten stellen vor und diskutieren Chancen und Möglichkeiten.

Anmeldungen und weitere Informationen erhalten Sie beim
Städteverband Schleswig-Holstein: ☎ (04 31) 57 00 50 45.
Ein Teilnehmerbeitrag wird nicht erhoben.

Deutschland kommunal 2006

Alle wichtigen Ansprechpartner in Bund, Ländern und Kommunen

- **Umfassend und übersichtlich**

Entscheider/innen in Städten, Kreisen, Ländern, Bund und Europa | Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadträte und Dezernenten, Landräte und Beigeordnete, mit Parteizugehörigkeit und Kontaktdaten | Verwaltungs- bzw. Dezernatsstruktur aller Städte über 20 000 Einwohner und aller Kreise mit Anschrift, Verteilung der Sitze in Räten und Kreistagen | E-Governmentbeauftragte und Wirtschaftsförderer

- **Weitere Schwerpunkte**

Parteien, Wirtschaft, Energie/Stadtwerke, Verkehr, Medien, Umwelt/Entwicklung, Freizeit, Kultur

- **Termine**

Fachmessen, Kongresse, Veranstaltungen

Bestelladresse:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Bestell-Telefon: (0 30) 2 55 94-130, Bestell-Fax: -199
E-Mail: vertrieb@demo-online.de

Preis: 21,35 Euro

zzgl. Porto und Verpackung



Mehr Infos: www.deutschland-kommunal.de



Bezirksverwaltungsreform in Hamburg – ein Zwischenstand

Bereits in der Regierungserklärung des CDU-geführten Senats von November 2001 war angekündigt worden, dass „örtliche Dinge wirklich abschließend auf örtlicher Ebene entschieden und vollzogen werden“. Die Realität des Senatshandelns war dann eine ganz andere: Befugnisse der Bezirke, wie zum Beispiel bei Rentenberatung, Liegenschaft, Hoch- und Tiefbau wurden in Fachbehörden und einzelnen Bezirksämtern zentralisiert.

Für diese Legislaturperiode ist nun eine grundlegende Verwaltungsreform angekündigt, die sich an vier Zielen, die auch SPD und SGK teilen, orientieren soll: Der Kunde soll im Mittelpunkt des Verwaltungshandelns stehen, ministerielle und Durchführungsaufgaben sollen entflochten, Verwaltungsverfahren beschleunigt und die politischen Kompetenzen vor Ort konkretisiert und gestärkt werden. Zur Realisierung dieser Ziele hat der Senat dem Landesparlament eine Reihe von Vorlagen zugeleitet. Die wichtigsten sind:

- die Unterrichtung über eine moderne, effiziente und kundenfreundliche Verwaltung, die die beabsichtigte Verlagerung von Durchführungsaufgaben von Fachbehörden vor allem auf die Bezirksämter beschreibt,
- der Gesetzentwurf zur Reform der Bezirksverwaltung,
- der Gesetzentwurf über die räumliche Gliederung Hamburgs,
- die Novellierung des Bauleitplanfeststellungsgesetzes.

Die Hamburgische Bürgerschaft berät diese Vorlagen bis Mitte 2006 in einem eigens eingerichteten Sonderausschuss.

In den Beratungen ist bereits deutlich geworden, was die zum Teil öffentlich ausgetragenen Streitigkeiten zwischen Fachsenatoren und dem für die Verwaltungsreform zuständigen Finanzsenator befürchten ließen: Neben Licht gibt es viel Schatten. Viele gute Reformansätze sind

im Vorfeld gekippt worden; andere Vorhaben bedeuten sogar Rückschritte hinsichtlich der Mitwirkungsrechte der örtlichen Ebene.

Bei der Aufgabenentflechtung, sprich: der Verlagerung von Zuständigkeiten aus den Fachbehörden in die Bezirksämter, hat der Finanzsenator reichlich Federn lassen müssen. Teile, wie die Verlagerung der Aufgaben der unteren Straßenverkehrsbehörde von der Polizei auf die Bezirke, scheiterten ganz, andere wie die Verlagerung der Zuständigkeiten für Naturschutzgebiete und Forsten sollen nur halbherzig umgesetzt werden oder sind durch eine Vielzahl von Prüfaufträgen auf die lange Bank geschoben.

Die Stärkung der politischen Kompetenzen vor Ort bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Bewährte bürgernahe Einrichtungen wie Ortsämter und Ortsausschüsse sollen abgeschafft werden, vorgeblich zugunsten einer zweistufigen Verwaltung, die faktisch durch eine seit langem praktizierte Aufgabenteilung zwischen Bezirks- und Ortsämtern sowie Bezirksversammlungen und Ortsausschüssen längst existiert. Nach der Zentralisierung der Liegenschaften ist dies ein weiterer Schlag, der besonders die örtliche Wirtschaft, aber auch Vereine und Verbände treffen wird. Der kompetente Ansprechpartner vor Ort in der Rolle des Ortsamtsleiters wird künftig fehlen.

Den massivsten Eingriff bedeutet aber die Einschränkung der Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte der Bezirksversammlungen auf Angelegenheiten des Bezirksamts von grundsätzlicher Bedeutung. Bisher regt die Bezirksversammlung durch Empfehlungen Verwaltungshandeln ohne Einschränkungen an. Soweit er diese Empfehlungen nicht beanstandet, muss der Bezirksamtsleiter diese umsetzen. Die in der Gesetzesnovelle vorgesehene Einschränkung widerspricht damit dem Ziel der Stärkung der kommunalen Gremien, die sich auch an anderer Stelle in den Gesetzesnovellen fortsetzen und die noch reichlich Diskussionsstoff in den kommenden



Verwaltungsexperte und Diplom-Kaufmann Jan Quast.

Foto: Krappa

Monaten liefern werden.

SPD und SGK fordern angesichts der Vorlagen, dass Senat und CDU an den Ausgangszielen festhalten und Korrekturen vornehmen. Die SPD-Fraktion wird entsprechende Vorschläge machen. Orientierung kann dabei ein im September 2003 in die Bürgerschaft eingebrachter SPD-Antrag sein.

*Jan Quast
SPD-Sprecher im Sonderausschuss
Verwaltungsreform*

Fundstellen zum Nachlesen

Die genannten Drucksachen können bei der Parlamentsdatenbank aufgerufen werden unter www.Hamburgische-Buergerschaft.de

- Drs. 18/3679 (Bauleitplanung v. 7.2.2006)
- Drs. 18/3418 (Entwurf BezVG v. 20.12.2005)
- Drs. 18/3336 (Bezirksgrenzen v. 6.12.2005)
- Drs. 18/2498 (Entflechtung v. 28.6.2005)
- Drs. 17/3311 (SPD-Antrag v. 10.9.2003)



Schleswig-Holsteins Verwaltungen neu sortieren!

Noch im April 2006 will die Landesregierung Schleswig-Holsteins Eckpunkte vorstellen, wie die Verwaltungsstruktur der Zukunft aussehen soll. Dabei sollen – wie der Innenminister Dr. Ralf Stegner betont und dabei einem SPD-Thema folgend – die Aufgaben mit weniger Bürokratie erledigt werden und die neuen Verwaltungen effektiver und bürgernah sein. Dass es dabei auch um Personaleinsparungen geht, wird nicht verschwiegen – doch soll dies ohne betriebsbedingte Kündigungen organisiert werden.

Gemeindliche Verwaltungen – und dazu zählen auch Stadtverwaltungen – sollen mindestens 8 000 Einwohner betreuen. Eine Gebietsreform auf dieser Ebene wird ausgeschlossen, so hat es die große Koalition im Kieler Landtag beschlossen.

Die Menschen behalten ihre kommunale Identität und das Ehrenamt werde sogar gestärkt. Kommunalpolitiker

hätten durch eine preiswertere Verwaltung mehr Geld für die politische Gestaltung. Statt Geld für häufig nicht ausreichend effiziente Verwaltungen auszugeben, würden Mittel wieder frei, um sie in Schulen, Kindergärten, Vereine oder die Feuerwehr zu investieren, so Stegner. Auch die Gemeindevertretungen bleiben, was sie sind, nämlich Herzkammern der kommunalpolitischen Willensbildung.

Probleme gibt es dort – vornehmlich im ländlichen Raum –, wo ländliche Amtsverwaltungen die Verwaltung der kleineren Städte „übernehmen“ wollen oder Amtsverwaltungen ohne Berücksichtigung von Verflechtungsräumen Allianzen zu Lasten dieser Städte schmieden. „Dies kann das lang erprobte und bewährte zentralörtliche System gefährden“, so Thies Thiessen, SGK-Landesgeschäftsführer.

„Diese Städte übernehmen die Nahversorgung der Bevöl-



Innenminister Dr. Ralf Stegner (SPD).

Foto: PR

SGK Regional Schleswig-Holstein/Hamburg

Spätere gemeinsame Unternehmungen nicht ausgeschlossen.

Public Infrastructure 2006:

Die Fachveranstaltung für Planung, Finanzierung, Bau, Instandhaltung und Betrieb öffentlicher Infrastrukturprojekte.

Die Wissens- und Kontaktplattform für öffentliche Hand und Privatwirtschaft.

Ihr Kontakt:

Deutsche Messe AG, Herr Arnold,
Tel.: +49-511/89-31425,
alexander.arnold@messe.de

**NEUER
TERMIN**
**HANNOVER
12.-14.9.
2006**



PUBLIC INFRASTRUCTURE
Europäischer Kongress und Ausstellung für Infrastruktur

www.public-infrastructure.de



Deutsche Messe AG
Hannover · Germany



kerung des ländlichen Raums, sie stellen ihre öffentlichen Einrichtungen, wie Büchereien, Volkshochschulen, Theater, Sporthallen etc. auch der Bevölkerung des ländlichen Raums zur Verfügung. Das Innenministerium sollte daher diesen Fusionsprozess im Sinne der Zentralörtlichkeit moderieren.“ Doch an der Freiwilligkeit dieser Verwaltungszusammenschlüsse wird nicht gerüttelt, so der Minister.

Sollen diese Verwaltungen Aufgaben der Kreise übernehmen, werden sie diese erst ab einer Größe von 20 000 Einwohnern professionell erledigen können. Dies haben Untersuchungen des Landesrechnungshofs aus dem Jahr 2003 gezeigt. Hier sehen denn auch die Kreispolitiker eine Gefahr für die bestehenden Kreise. Werden erst in den neuen Verwaltungseinheiten Forderungen nach Übertragung von mehr Aufgaben laut und kann die örtliche Kompetenz hierfür nicht mehr bestritten werden, müssen neue Aufgaben für die Kreise her.

Das Land beabsichtigt, möglichst viele Aufgaben auf die kommunale Ebene abzugeben. Sie plant dies unter Beachtung des Konnexitätsprinzips (d.h. die entstehenden Kosten werden dem neuen Träger erstattet) und des Grundsatzes, dass sich durch die Verlagerung eine Ersparnis ergeben muss. Es sollen vier bis fünf kommunale Verwaltungsregionen in Trägerschaft der Kreise und der kreisfreien Städte gebildet werden.

Diese Verwaltungsregionen sollen allerdings keine eigene Rechtsform erhalten, so der Beschluss der letzten SGK-Mitgliederversammlung. Alle Veränderungen auf kommunaler Ebene und auf Verwaltungsebene haben sich an Verflechtungsräumen sowie dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und der Bürgernähe zu orientieren. Vor

Veränderung der Strukturen ist deshalb eine unabhängige Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen. Alle Gesetze müssen zum 1. April 2007 beschlossen sein, damit die

kommunalen Gremien nach der nächsten Kommunalwahl in neuen Strukturen arbeiten können.

Gerhard Schulz

Fundstellen zum Nachlesen auf der Internetseite der SGK-Schleswig-Holstein www.sgk-sh.de unter „News“ im Themenportal:

- Beschluss der SGK-Mitgliederversammlung vom 21. Oktober 2005
- Erstes Verwaltungsstrukturreformgesetz
- Anlass und Ziele des Gesetzentwurfs
- Verwaltungsstrukturreform – ein sozialdemokratisches Reformprojekt (27. September 2005)
- Eine Zwischenbilanz vom 13. Oktober 2005

Zu guter Letzt:

„Erfolgreich in der Kommunalpolitik“

Im Mai 2008 werden die Kreistage und Gemeindevertretungen in Schleswig-Holstein neu gewählt. Um neue Fraktionsmit-

te neue Seminarreihe. Sie besteht aus vier Blöcken: So werden zum Beispiel Grundlagen der Kommunalverfassung vermit-



„Men at work.“

Foto: Degen

ANZEIGE

	<p>Seniorenverwöhnurlaub in Haffkrug</p> <p>Wir bieten:</p> <p>Direkte Strandlage, eigenen Park, haus-eigene Strandkörbe im Sommer, Liegehalle mit windgeschützter Sonnenterrasse. Alle Zimmer mit Dusche/WC, Fernseher und Notruf. Vollpension. Diabetikeressen, Vollwertkost und vegetarische Kost auf Wunsch. Programm-Angebote: Ausflüge, musikalische Veranstaltungen, Gymnastik, Bingo-Abende, Diavorträge, Ernährungsberatung (zeitweise).</p> <p>Osterreise: 29.03.–19.04.06 mit großem Programm – noch Plätze frei</p> <p>Maireise: 21.04.–05.05.06 = 14 Tage mit VP ab 672,- € p. Pers. im DZ</p>
	<p>PRO Stiftung in Haffkrug direkt an der Ostsee Verwöhnurlaub für Senioren Telefon: 04563-14 13 Fax -42 00 66 www.pro-haffkrug.de</p>

glieder zu motivieren und gestandenen Ratsherren eine Auffrischung ihrer Kenntnisse anzubieten, organisiert die SGK-Schleswig-Holstein unter dem Titel „Erfolgreich in der Kommunalpolitik“ eine

telt, das kommunale Finanzwesen erörtert, die Möglichkeiten zur Dorfgestaltung und Stadtplanung durch Bauleitplanung diskutiert und darüber informiert, wie wir unsere kommunalpolitischen Erfolge in der Öffentlichkeit darstellen können. Außerdem gibt es einen kleinen Einblick in die Möglichkeiten der Mediation in Politik und Verwaltung. Infos bei der SGK-Geschäftsführung.